

Fünfte Sitzung des Stiftungsausschusses der Deutschen Uhrmacherschule in Glashütte am 20. Juli 1921, 5.15 Uhr, im Schulsaale der Bürgerschule. Vorsitzender Herr Bürgermeister Opitz. Anwesend acht Mitglieder. Entschuldigt fehlen die Herren Roth aus Dresden, Stadtrat Vogel und Oberstudiendirektor Dr. Giebel. Unentschuldigt ein Mitglied.

1. Kenntnisnahme erfolgt: a) vom Eingange des zur Errichtung einer Stiftung bestimmten Betrages von 25 000 Mark von der Geschäftsstelle des Deutschen Uhrmacher-Bundes; b) von einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums, mit der die Staatsbeihilfe zum Besoldungsaufwand auf das Rechnungsjahr 1920-21 auf 101 200 Mark mit der Maßgabe festgesetzt wird, daß der übrige Teil des Besoldungsaufwandes durch Beihilfen der Stadt, Industriellen, Verbände und dergleichen gedeckt wird; c) davon, daß die Staatsbeihilfe zum Besoldungsaufwande auf das Rechnungsjahr 1921-22 vom Wirtschaftsministerium auf vorläufig 102 400 Mark festgesetzt worden ist; d) von einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums, inhaltsderen eine **Entschließung zum Antrage des Stiftungsausschusses wegen Löschung des auf dem Schulgrundstück hypothekarisch eingetragenen Bauvorschlusses von 17 000 Mark erst dann gefaßt werde, wenn feststehe, daß der beabsichtigte Erweiterungsbau der Uhrmacherschule durchgeführt werden könne.**

Zu 2 werden die von der Lehrerschaft errechneten Reisekosten anlässlich der Schulreise vom 30. Mai 1921 bewilligt. — 3. Der praktische Lehrer Flache kündigt seine Stelle für den 1. August 1921. Dem Kündigungsantrage wird stattgegeben. Der Ausschuß erklärt zu den von Herrn Oberstudiendirektor Giebel wegen der Wiederbesetzung der Stelle unternommenen Schritten sein Einverständnis. — 4. Der Ausschuß beschließt, die ständige Anstellung des bisher im Probendienst befindlichen Lehrers Schreck mit Wirkung ab 1. August d. J. Nach kapitelweiser Durchsprache erfolgt die Genehmigung des mit einem Fehlbetrage von 144 303 Mark abschließenden Schulhaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1921-22. 6. Der Herr Vorsitzende bringt eine Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 13. Juli d. J. zum Vortrag, nach der der Staat bereit sein würde, zum Schulerweiterungsbau 2 Millionen Mark Darlehn zu 3% und 1% Tilgung zur Verfügung zu stellen und weiter zum laufenden Aufwand der Schule jährlich etwa 250 000 Mark beizutragen. Anschließend gelangen die vom Hochbauamt des Finanzministeriums ausgearbeiteten Pläne über den Erweiterungsbau zur Vorlage, die in weit geringeren Abmessungen gehalten sind, als die vom Ausschuß vorgelegten Originalpläne.

In der Aussprache erklärt zunächst Herr Stadtrat Gössel, daß es unbedingt notwendig sei, das ursprüngliche und größere Projekt zur Ausführung zu bringen; der Bau solle nicht nur auf Zeit, sondern auch für alle Zukunft berechnet sein. Er sei überzeugt, daß sich auf energisches Betreiben der Deutschen Uhrmacher auch das Reich an der Baukostenaufbringung beteiligen werde.

Diesen Ausführungen tritt der Ausschuß allenthalben bei. Die vom Finanzministerium ausgearbeitete Planung, die die Eingänge sämtlich nach der Rückfront verlegt, findet keine Gegenliebe.

Schließlich wird einstimmig beschlossen, die Baufrage nunmehr nach dem großen Plan zu betreiben und die Ausschreibung der Arbeiten vorzunehmen. Der Herr Vorsitzende wird ermächtigt, in Gemeinschaft mit Herrn Dr. Giebel die weiteren Verhandlungen mit der Regierung aufzunehmen. Es soll versucht werden, einen erheblichen Teil der Baukosten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge erstattet zu erhalten.

Hierauf gelangt noch der Bericht des Herrn Oberstudiendirektors Dr. Giebel über seine kürzliche Studienreise und eine Stelle aus dem Berichte über die Reichstagung der deutschen Uhrmacher in Stuttgart, bei der Herr Dr. Giebel in hervorragender Weise für die Uhrmacherschule eingetreten ist, zur Bekanntgabe. Der Ausschuß nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis.

Quelle: Deutsche Uhrmacher-Zeitung Nr.33 vom 12. August 1921 S.400-401